

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.
Heike Hänsel, MdB (Die Linke), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, gab heute, 08.04.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema:
„EU-Außenminister beraten über Venezuela“.

Das „SWR Tagesgespräch“ führte Florian Rudolph.

Mit freundlichen Grüßen

SÜDWESTRUNDFUNK
Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 08.04.2019

Heike Hänsel (Die Linke): Deutschland muss sich von Guaidó distanzieren

Baden-Baden: Die Außenpolitikerin der Linken, Heike Hänsel geht davon aus, dass der selbsternannte Interimspräsident Guaidó in Venezuela immer weniger Menschen mobilisiert. Die Venezolaner seien des Machtkampfs überdrüssig. Ein Hauptproblem sei aber die extrem schwierige Versorgungslage und die Energiekrise mit flächendeckenden Stromausfällen. Im SWR Tagesgespräch wirft Hänsel der Bundesregierung vor, sich mit der frühzeitigen Anerkennung Guaidós in eine Sackgasse manövriert zu haben. Jetzt rudere sie zurück, indem sie dem Botschafter Guaidó den diplomatischen Status verweigere. Das stifte Verwirrung im Guaidó -Lager. Hänsel fordert von Deutschland eine klare Positionierung gegen einen "Regime Change" an der Seite von US-Präsident Donald Trump. Die Bundesregierung müsse sich an einer Vermittlung beteiligen. Das bedeute, die Interessen beider Seiten, auch der von Staatschef Maduro anzuerkennen und sich nicht einseitig an die Seite Guaidós zu stellen.

Von der EU erwartet Hänsel, dass die humanitäre Hilfe für Venezuela aufgestockt wird. Da seien EU und Deutschland zögerlich und verweigerten die Zusammenarbeit mit den UN-Organisationen vor Ort, mit der Begründung, es gäbe keine Ansprechpartner. Wichtig sei darüber hinaus, auf die "vernünftigen" Kräfte einzuwirken, die es gäbe und die sich mittlerweile auch von Guaidó distanzieren. Hänsel wirft dem selbsternannten Übergangspräsidenten vor, eine Intervention der USA zu fordern und auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurückzuschrecken. Jetzt brauche es eine politische Lösung, die diese Gewalt verhindere.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Rudolph: Guaidó spricht angesichts der neuen Proteste von der Endphase im Kampf gegen Maduro, nur deutet wenig darauf hin. Verpufft der Guaidó-Effekt bereits?

Hänsel: Ich denke, dass immer weniger Menschen mittlerweile auch durch Guaidó in Venezuela zu mobilisieren sind. Das Hauptproblem ist natürlich vor allem auch die extrem schwierige Versorgungslage. Es kommt ja auch eine enorme Energiekrise hinzu, flächendeckender Stromausfall und die Menschen sind, glaube ich, mittlerweile dieses Machtkampfs auch überdrüssig und erhoffen sich da eine politische Lösung. Man sieht aber auf alle Fälle, dass Guaidó nicht mehr dieses Potential hat, das am Anfang viele auch erwartet hatten.

Rudolph: Dann war die Bundesrepublik ja schnell dabei Guaidó anzuerkennen. Ein Schritt, den der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages als völkerrechtliche fragwürdig bewertet hat. Sie sprechen sogar von völkerrechtswidrigem Handeln. Welche Konsequenz muss Ihrer Ansicht nach jetzt folgen?

Hänsel: Ich finde, die Bundesregierung hat sich hier politisch auch in eine Sackgasse manövriert, denn bisher war es auch nicht üblich, außenpolitisch Regierungen anzuerkennen, sondern Staaten und mit dieser eindeutigen Positionierung hat natürlich die Bundesregierung, finden wir, auch ihre Vermittlungsrolle ein Stück weit verspielt. Deswegen finden wir es umso wichtiger, zurückzukehren zu völkerrechtskonformen Verhalten, sich nicht in den internen Machtkampf einzumischen, sondern Angebote der Vermittlung zu machen, denn wir müssen wissen, Venezuela ist ein gespaltenes Land und es droht wirklich die Eskalation von Gewalt, wenn hier versucht wird, per Mittelsmacht Maduro zu stürzen.

Rudolph: Wie das zu machen ist, darüber möchte ich gleich mit Ihnen reden. Vor ein paar Tagen hat Berlin Guaidós Schattenbotschafter Gebauer die offizielle Anerkennung als offiziellen Vertreter Venezuelas verweigert. Ist das schon eine Umkehr? Ist da jetzt Schadensbegrenzung angesagt?

Hänsel: Ja, ich denke, die Bundesregierung rudert hier zurück, denn bisher hat sie Otto Gebauer nicht als den offiziellen Botschafter anerkannt und behält sich mittlerweile auch vor, die Anerkennung Guaidós politisch zu definieren, also nicht rechtlich. Das stiftet aber natürlich international auch Verwirrung - auch in dem Guaidó-Lager und insofern finde ich, braucht es jetzt eine klare Positionierung, zu sagen, wir geben diese einseitige Rolle des Regimechange auf. Wir stellen uns nicht an die Seite von Donald Trump, sondern wir gehen aktiv in die Vermittlung, um zu einer politischen Lösung in Venezuela zu kommen und das heißt, beide Seiten auch erst einmal in ihrem Interesse anzuerkennen und sich nicht einseitig auf die Seite von Guaidó zu stellen.

Rudolph: Heute am Vormittag kommen die Außenminister der EU zusammen und beraten über Venezuela. Was erwarten Sie von dem Treffen?

Hänsel: Ich erhoffe mir vor allem, dass es keine Entscheidung für irgendwelche weiteren Sanktionen gibt, sondern im Gegenteil, dass die humanitäre Hilfe jetzt aufgestockt wird und dass sie aktiv angegangen wird, denn das ist auch ein ganz, ganz großes Problem für die Bevölkerung. Sie braucht dringend Unterstützung und bisher ist die EU da sehr zögerlich und auch die Bundesregierung, denn sie verweigert eigentlich die Zusammenarbeit mit den UN-Organisationen im Land. Sie sagt, es gäbe keine Ansprechpartner und wir halten davon nichts. Jetzt ist es wichtig, die humanitäre Hilfe zu verstärken und auf die vernünftigen Kräfte – auch in der Opposition einzuwirken, die es gibt, und die sich auch Stückweit mittlerweile von Guaidó schon distanzieren.

Rudolph: Sie haben ja eben schon gesagt, Deutschland hat sich mit der frühzeitigen Anerkennung in eine Sackgasse manövriert, was übrigens auch für die meisten EU-Staaten gilt. Wie kommt man aus dieser Sackgasse raus und sehen Sie für Deutschland überhaupt noch eine Chance jetzt als Vermittler aufzutreten?

Hänsel: Die EU hat eigentlich jetzt beschlossen, eine gemeinsame Linie auszuarbeiten und die Repräsentanten Guaidós nicht anzuerkennen und auch den Kontakt zu den venezolanischen Botschaftern, aufrechtzuhalten. Das halte ich für richtig. Es braucht den Gesprächsfaden jetzt mit den Vertretern von Madura, den offiziell anerkannten Botschaftern und das muss ausgeweitet werden und ich finde, die Bundesregierung könnte ein gutes Zeichen setzen, indem sie sich eben von Guaidó distanziert und versucht, auch Aufrufe zu unterstützen, die jetzt sich gegen eine Eskalation und Gewalt wenden, denn man muss wissen, Guaidó fordert mittlerweile mehrfach die Intervention der US-Amerikaner und er sagt auch, er scheut keinen Bürgerkrieg. Das halte ich für eine fatale Haltung. Wir brauchen unbedingt eine politische Lösung, die diese Gewalt und einen möglichen Bürgerkrieg in Venezuela verhindert.

- Ende Wortlaut -